

Gesundheitskosten solidarischer aufteilen

Gestern Abend stellte die Freie Liste (FL) der Öffentlichkeit in Schaan ihre Initiative zur erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie vor.

Gary Kaufmann

Egal ob Vollzeitstudent, Rentner, Selbstständiger oder Millionär: Aktuell zahlt jeder monatlich denselben Betrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP). Doch wenn die Gesundheitskosten und folglich auch die OKP-Prämien Jahr für Jahr steigen, sind einige Gesellschaftsschichten davon härter betroffen als andere. Auf den Punkt gebracht: Die einen spüren es kaum, während den anderen immer weniger für den Wocheneinkauf zur Verfügung steht. Die Freie Liste (FL) findet diese Kopfprämie unfair und setzt sich deshalb mit ihrer Initiative für eine erwerbsabhängige Krankenkassenprämie ein. Gestern Abend wurde diese im Pfarreizentrum in Schaan den rund 30 anwesenden Personen detaillierter vorgestellt.

70 Prozent hätten eine niedrigere Prämie

Gemäss einer Erhebung des Liechtenstein-Instituts sind die steigenden Gesundheitskosten das drängendste Problem in Liechtenstein. Über die Hälfte der Befragten bereiten diese Sorgen. «Das belegt, dass dies nicht ein Problem von wenigen Einzelpersonen ist, sondern mittlerweile einen Grossteil der Gesellschaft betrifft», meinte Tatjana As'Ad, Co-Geschäftsführerin der Freien Liste. Wie sie ausführte, sind die OKP-Prämien seit 2007 um 60 Prozent gestiegen, während die Lohnerhöhungen kaum mithalten konnten. Weiter wies sie da-



Stellten die Freie-Liste-Initiative vor: Manuela Haldner-Schierscher, Katrin Schulthess (Kantonsrätin SP Schweiz), Valentin Ritter, Samuel Schurte und Tatjana As'Ad (v. l.).

Bild: Daniel Schwendener

rauf hin, dass die Schweiz das einzige OECD-Land ist, in dem der Anteil an den Gesundheitskosten nicht vom Einkommen abhängt. Erst sobald man aus der Not eine Prämienverbilligung beantragt, spielt das Einkommen eine Rolle, was auch in Liechtenstein gilt. As'Ad betonte: «Jeder, der krank ist, sollte zum Arzt gehen können. Es kann doch nicht sein, dass Personen wegen eines hohen Selbstbehalts Angst davor haben, eine Behandlung zu beanspruchen.»

Nach diesen Ausführungen zur Ausgangslage ging Samuel Schurte darauf ein, welche

Folge eine erwerbsabhängige OKP-Prämie haben könnte: «Über 70 Prozent der Einwohner würden durch diese Initiative günstiger kommen», führte das FL-Parteimitglied aus und zeigte dies anhand von Rechenbeispielen vor. Demnach würde der Vorschlag jene Einwohner mit einem schwächeren Einkommen entlasten, während Wohlhabendere zwar mehr Geld bezahlen, aber im Verhältnis zu ihrem Budget einen geringeren Anteil abgeben müssen. Die konkrete Ausarbeitung der Initiative wäre Aufgabe des Landtags, weshalb diesbezüglich keine konkreten Aussagen

möglich sind. Allerdings führte die Freie Liste aus, dass man die OKP-Prämie anhand eines gewissen Prozentsatzes vom steuerbaren Gesamterwerb für jeden Einwohner individuell berechnen könnte – bei den Beispielen wurde von 5 bis 6 Prozent ausgegangen.

«Ich begrüsse eure Initiative sehr, weil sie den solidarischen Gedanken lebt», kommentierte die SP-Kantonsrätin Katrin Schulthess. Die Grabserin nahm als Gastreferentin an der Informationsveranstaltung teil, weil sie über dem Rhein an der Schweizer Volksinitiative «Maximal 10 Prozent des Ein-

kommens für die Krankenkassenprämien» beteiligt war. Im Juni 2024 wurde diese mit 55,5 Prozent an der Urne abgelehnt. Der Freien Liste gab sie als Tipp mit auf den Weg, «eine überparteiliche Kommission zu bilden und möglichst viele Stakeholder an Bord zu holen».

Gesetzesausarbeitung soll überparteilich erfolgen

Die gestrige Informationsveranstaltung war Teil der diese Woche lancierten Kampagne, um Unterschriften für die Initiative zu sammeln. So konnten die Gäste beim Verlassen des Saals direkt den Stift zücken oder einen Bogen mitnehmen, um andere vom Vorstoss zu überzeugen. 1000 Unterschriften werden benötigt, damit sich die Landtagsabgeordneten mit der Initiative auseinandersetzen. «Damit wird lediglich ein Grundsatzentscheid gefällt, ob man eine erwerbsabhängige Krankenkasse möchte oder nicht. Der Landtag hätte dann die Aufgabe, einen konkreten Gesetzesvorschlag auszuarbeiten», erklärte Samuel Schurte.

Die Freie Liste hat sich bewusst für den Weg der einfachen Initiative entschieden, weil sich beim grössten Problem des Landes «alle an der Lösung beteiligen und an einem Strang ziehen sollen». Eine Hürde bringt dieses Mittel jedoch mit sich: Der Landtag muss nicht auf die Initiative eintreten und einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten, sondern kann diese auch ablehnen. Bereits 2016 ist die Partei mit einem ähnlichen Vorstoss gescheitert, wie sie es jährlich mit

ihrem Antrag auf eine Erhöhung des staatlichen OKP-Beitrags tut. Wegen der Gesundheitskostenexplosion der vergangenen Jahre rechnet man sich dieses Mal jedoch bessere Chancen aus. Im Fall einer Ablehnung würde die Freie Liste eine Volksabstimmung beantragen, damit die Angelegenheit an der Urne entschieden wird. «Auch deshalb ist es wichtig, dass wir möglichst viele Unterschriften sammeln», so Schurte, «damit der Landtag nicht daran vorbeikommt, das Volk zu befragen».

Die FL-Abgeordnete Manuela Haldner-Schierscher benedete den Abend mit dem Aufruf, der Partei auch kritische Rückmeldungen zur Initiative zukommen zu lassen, damit diese in der Debatte berücksichtigt werden können. In der abschliessenden Fragerunde kamen unter anderem Bedenken auf, dass die erwerbsabhängige OKP-Prämie dazu führen könnte, dass mehr und zum Teil nicht notwendige Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden. Dadurch würden die Ausgaben noch mehr ansteigen. Eine Gefahr, vor der auch der Liechtensteinische Krankenkassenverband kürzlich warnte, als er ankündigte, dass die Prämien nächstes Jahr wohl um rund fünf Prozent steigen werden. «Ein Narrativ, für das es keine Erfahrungen gibt, dass es tatsächlich so wäre», meinte Haldner-Schierscher. Vorstandskollege Valentin Ritter ergänzte: «Unsere Initiative hätte nur Einfluss auf die OKP-Prämien, ansonsten würde sich nichts verändern.»

Ligen zeigt verschiedene Energiespeichermethoden auf

Ein energieautarkes Liechtenstein? Eine von der Regierung mitfinanzierte Studie, die sich mit der Thematik befasste, liegt nun vor.

Bis 2050 möchte Liechtenstein komplett auf erneuerbare Energien umsteigen. So sieht es ein Visionspapier der Regierung vor. Die Liechtensteinische Initiativgruppe für Energienachhaltigkeit (Ligen) möchte dieses Ziel deutlich schneller, bis 2032, erreichen. Und Ligen geht dabei noch einen Schritt weiter, indem der Eigenverbrauch an Strom, Gas und Wärme künftig vollständig mit eigenen Anlagen im Land gedeckt werden soll. Hierzu lancierte Ligen Anfang Jahr eine Machbarkeitsstudie, welche die Regierung mit einem Beitrag von 100 000 Franken unterstützte. Nun liegt das Papier vor, wie die Energiekommission der Regierung am Mittwoch mitteilte. In der Studie «Marktataurke Energieversorgung Liechtenstein» berechnet Ligen verschiedene Modelle, um so den «optimalen» Energiemix für Liechtenstein zu finden.

Rasche Dekarbonisierung des Energiesystems

Das Ergebnis deckte sich mit dem Fokus der Energiestrategie

2030 auf die rasche Dekarbonisierung des liechtensteinischen Energiesystems. Es wird dabei von einer Umstellung bzw. Elektrifizierung im Wärme- und Verkehrssektor ausgegangen. Die Studienautoren haben auch Saisonspeichertechnologien geprüft und unterbreiten Vorschläge für die Priorisierung unterschiedlicher Energiespeicheransätze. Im Weiteren prüfte Ligen ein System, dessen Nutzer unabhängiger von den schwankenden Preisen des internationalen Energiemarkts agieren können.

Energiekommission begrüsst innovative Ansätze

«Die Energiekommission begrüsst innovative Ansätze für die Umsetzung der Ziele der Energiestrategie des Landes», heisst es in der Mitteilung der Energiekommission. Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Stromregelzone mit der Schweiz und der Integration in den europäischen Binnenmarkt (EWR) gelte es jedoch vor allem, die technischen und rechtlichen Voraussetzungen für neue Ansätze wie «marktataurke Systeme für



Elektroautos könnten zur Speicherung von Energie beitragen. Wirtschaft und Wissenschaft haben aber noch keinen Durchbruch erzielt.

Symbolbild: Keystone

Liechtenstein», «Bürgerenergiegemeinschaften» und Speichertechnologien zu schaffen. Mit der geplanten Umsetzung des 4. EU-Strombinnenmarktpaketes erhielten private Initia-

tiven wie die der Ligen ein besseres rechtliches Fundament. Die Regierung hat zu dieser Umsetzung bereits vor der Sommerpause einen Vernehmlassungsbericht vorgelegt. Im

Abschlussbericht präsentiert Ligen eine Priorisierung von Bausteinen und die dazu nötigen Schritte. Diese umfassen einen Ausbau der Photovoltaik und der Windkraft im Inland.

Im Weiteren will Ligen Windkraft-Projekte im Ausland realisieren. Angestrebt wird auch die Erschliessung verfügbarer Batteriespeicherkapazitäten durch Ermöglichung von sogenannten Vehicle-to-Grid-(V2G-)Systemen. Als weiteren Baustein nennt die Studie die Realisierung von Langfristspeichern.

E-Autos als Speicher für Energie nutzbar machen

Diese Vorschläge würden die laufenden Arbeiten zur Umsetzung der Energiestrategie unterstützen, hält die Energiekommission fest. Eine aus Sicht der Energiekommission wichtige Anregung von Ligen lautet, dass Elektrofahrzeuge mit bidirektionalem Laden für das Gesamtsystem nutzbar gemacht werden sollen. «Wirtschaft und Wissenschaft arbeiten schon länger an Lösungen für den Tag-Nacht-Ausgleich von PV-Strom, ein Durchbruch wurde bisher noch nicht erzielt. Diese wichtigen Arbeiten wird die Energiekommission in ihrer künftigen Arbeit berücksichtigen», schreibt sie in ihrem Bericht. (red)